



Ja, ich bin dabei!

Ich möchte tarifliche Leistungen für mich persönlich absichern.
Ich bin dafür, dass die Interessen der Beschäftigten mehr Gewicht bekommen.

Deshalb möchte ich Mitglied der IG Metall werden.

Bitte in Blockbuchstaben schreiben. Danke!

.....
Name

.....
Anschrift privat

.....
Standort / Abteilung

.....
Bank / Sparkasse

.....
BLZ

.....
Konto-Nr.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Coupon an den IG Metall-Betriebsrat weitergeben oder direkt faxen
an den IG Metall-Vorstand, z. Hd. Dieter Scheitor

Fax-Nr. 069-66 93 24 98

Beitritt auch online möglich unter www.igmetall.de --> online beitreten



\$\$\$

Im Dienst der Führung

**Wie Wilhelm Schelsky
die AUB im Auftrag von
Siemens-Verantwortlichen aufbaute**

» <http://dialog.igmetall.de>

» www.igmetall.de

Information

Inhalt



Herausgegeben vom Funktionsbereich Betriebspolitik
und Mitbestimmung beim Vorstand der IG Metall,
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt

Text: Heinz Siebold
Redaktion: Dieter Scheitor
Layout: Thomas Böck
Druck: druckwerk München

Redaktionsschluss: 19.06.2007

Weitere Informationen unter www.igmetall.de
sowie auf der Webseite der IG Metall
für Siemens-Beschäftigte www.dialog.igmetall.de

- 2 Impressum
- 4 Der Deal ist aufgefliegen
- 10 Einige Hauptakteure bei Siemens
- 13 Schelskys Goldgrube
- 14 Wer ist Wilhelm Schelsky?
- 17 Und die anderen bei der AUB
haben „nichts gewusst“?
- 20 Who is Who bei der AUB?
- 21 Was wird aus der AUB nach Schelsky?
- 23 Diskrete Förderung von
AUB-Betriebsräten
- 24 War und ist die AUB
eine „Konkurrenzgewerkschaft“?
- 25 Worte des Vorsitzenden Schelsky
- 28 Stimmen zur AUB



Der Deal ist aufgefliegen

Wilhelm Schelsky hat die „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger“, abgekürzt AUB, im Auftrag von Siemens-Verantwortlichen aufgebaut.

Ein Weltkonzern demontiert sich selbst: Siemens, jahrzehntelang das Aushängeschild hochwertiger Technik und Technologie „made in Germany“ ruiniert seinen Ruf schrittweise.

Zunächst in unternehmerischer Hinsicht: Siemens verschenkt 2005 seine Handy-Produktion und legt sogar noch Geld dazu. Sechzehn Monate später sind 2.000 Beschäftigte ihren Job los, weil der taiwanesischer Übernehmer BenQ die deutschen Werke Pleite gehen lässt. Und das ist nur das krassste Beispiel. Auch andere Auslagerungen gerieten ins Trudeln oder in die Pleite, wie FEAG, Sinitec (später a&o) oder Sanmina.

Dann in moralischer Hinsicht: Im Herbst 2006 wird bekannt, dass der Siemens-Konzern Schmiergeld in Höhe von fast einer

halben Milliarde Euro für Aufträge in aller Welt bezahlt hat. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt, es drohen zudem hohe Strafen.

Und jetzt wird der lange gehegte Verdacht zur Gewissheit, dass Siemens-Verantwortliche über zwei Jahrzehnte eine handzahme und willfährige Betriebsräteorganisation aufgebaut haben: Die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) wurde seit den 1980er Jahren klammheimlich aus dem Konzern und über komplizierte Wege mit Millionenbeträgen über Wilhelm Schelsky aufgepäpelt. Die Begünstigung von Betriebsräten ist nach Paragraph 119 Betriebsverfassungsgesetz strafbar. Die Sonderkommission „Amigo“ der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ermittelt, die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat haben Strafanzeige gestellt.

Paragraph 119 Betriebsverfassungsgesetz

„Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer ... eine Wahl des Betriebsrats [oder] der Jugend- und Auszubildendenvertretung ... behindert oder durch Zufügung oder Androhung von Nachteilen oder durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflusst...

[oder wer] ein Mitglied oder ein Ersatzmitglied des Betriebsrats, des Gesamtbetriebsrats, des Konzernbetriebsrats, der Jugend- und Auszubildendenvertretung, der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, der Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung...oder des Wirtschaftsausschusses um seiner Tätigkeit willen benachteiligt oder begünstigt.“



Seitdem AUB-Autokrat Wilhelm Schelsky, Siemens-Finanzvorstand Johannes Feldmayer und andere in Untersuchungshaft landeten, ist hinter den Fassaden der heilen „Siemens Familie“ eine hässliche Seite sichtbar geworden: Machtgehebe, Profitgier und Zynismus sind an die Stelle von nachhaltigem Unternehmertum und sozialer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten getreten. Der Ruf von Siemens ist schwer geschädigt, die Konsequenzen können nur lückenlose Aufklärung und harte Konsequenzen für die Verantwortlichen sein.

Immerhin liegen nun Aussagen vor, die nicht folgenlos bleiben können: „Der Deal bestand darin, eine weniger streikfreundliche Organisation zu schaffen“, ließ Wilhelm Schelsky am 25. Mai 2007 zunächst über seinen Anwalt Jürgen Lubojanski dem Magazin FOCUS erklären. Allein zwischen 2001 und 2006 sollen dafür rund 35 Millionen Euro von Siemens geflossen sein. Die Gegenleistung: „Das vereinbarte Ziel war, neben der IG Metall Pluralität zu schaffen und die AUB tariffähig zu machen, um mit ihr Tarifverträge auszuhandeln“, sagte Lubojanski. Schelsky habe Büros und Broschüren der AUB bezahlt und diverse Sportvereine gesponsert, die Werbung für die AUB machten.

Der Untersuchungshäftling Schelsky hatte offensichtlich keine Lust mehr, alleine den Kopf hinzuhalten: „Ich sollte mit dem Geld eine Dachorganisation aufbauen“, gestand Schelsky tags darauf dem STERN, „und das habe ich getan.“ Der Handlanger schwärzt zugleich den Auftraggeber an: „Ich war verdeckt als Lobbyist für Siemens tätig. Es gab einen klaren Auftrag aus der Konzernspitze. Der Plan kam aus dem Zentralvorstand.“ Und er versucht, die AUB zu retten, indem er behauptet, „konkrete

Entscheidungen von Betriebsräten“ seien nicht erkauft worden. Das ist der erste Zipfel eines Geständnisses. Zumindest über das, was längst bekannt ist. Das bringt die angeblich ahnungslosen Verantwortlichen in der Konzernspitze in Erklärungsnot, denn der Verdacht über die Finanzierung der AUB durch Siemens ist alt. Schon am 10.12.1997 hatte der Aufsichtsrat Heinz Hawreliuk (IG Metall) Auskunft über die Unterstützung der AUB erbeten. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Franz würgte die Diskussion rigoros ab. Er sehe „zu dieser Angelegenheit keinen weiteren Diskussionsbedarf“, sagt er laut Protokoll. Anwesend bei dieser Sitzung war auch der damalige Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer. Das Sitzungsprotokoll vermerkt von ihm keine Äußerung, von Pierer behauptet bis heute, er habe von den Vorwürfen nichts gewusst.

Wie planmäßig und gründlich der „Deal“ gegen die demokratisch legitimierten Betriebs- und Aufsichtsräte der Siemens-Beschäftigten eingefädelt wurde, enthüllte der Hauptbeteiligte Wilhelm Schelsky allerdings unfreiwillig. Bei seiner Verhaftung am 14.02.2007 – anscheinend kurz vor einer geplanten Abreise Richtung Ungarn – fiel der Sonderkommission „Amigo“ ein vierseitiges „Memorandum“ in die Hände, das Schelsky 1995 verfasst hatte. „Dieses Papier ist aus Sicherheitsgründen zu vernichten“, heißt es dort. Hat er nicht und die Süddeutsche Zeitung hat am 21. 04.2007 aufschlussreiche Passagen aus dem Papier veröffentlicht.

Schon 1988 hätten sich demnach Schelsky und zwei Siemens-Vorstände zusammengesetzt, um zu überlegen, wie die „Mitbestimmungsverhältnisse auf den Ebenen Betriebsrat und

Aufsichtsrat nachhaltig“ verändert werden könnten. Im Klartext: Durch die Schwächung der IG Metall und die Begünstigung einer Konkurrenzorganisation bei Betriebsratswahlen. Den Hebel fanden die Partner am Siemens-Standort Erlangen. Dort waren bereits in den 1970er Jahren die ersten „unabhängigen“ Betriebsräte aufgetreten, hauptsächlich aus dem Bereich der außertariflich beschäftigten Angestellten. Einige von ihnen genossen die Förderung des damaligen Erlanger Personalchefs Eberhard Koffka. Dieser bestreitet zwar, dass er systematisch und im Auftrag des Vorstands aktiv wurde, aber er gibt zu,



den „Unabhängigen“ für den Fall einer Kandidatur zugesagt zu haben: „Dann werde ich dafür sorgen, dass eure Vorgesetzten euch in Ruhe lassen.“ (Die Zeit, 12.04.2007)

Die „Unabhängigen“ zogen in den Betriebsrat ein, ihr Spitzenkandidaten Dietrich Ummelmann wurde 1978 Betriebsratsvorsitzender in Erlangen. Als er 1984 leitender Angestellter wurde, konnte er nicht mehr Betriebsrat sein und Wilhelm Schelsky, seit 1978 Vertriebskaufmann bei Siemens, rückte nach. Erst mit ihm wurde der lose Verbund zur straff organisierten Kadertruppe AUB. Der Verein bezeichnete sich fälschlicherweise als „die andere Gewerkschaft“ und ließ sich in das Vereinsregister und die Liste der Lobbyorganisationen im Deutschen Bundestag eintragen. „Betriebsnah, ideologiefrei, zukunftsorientiert“ lauteten die Slogans. Der Vorsitzender Wilhelm Schelsky zeigte politisch eindeutig Flagge. Auf dem CDU-Parteitag 1986 in Mainz forderte er die Partei Helmut Kohls auf: „Stärken Sie bitte den Unternehmern den Rücken!“ 1989 wurde die AUB-Bundesgeschäftsstelle in Nürnberg eingerichtet. Die erste Vereinbarung zwischen Schelsky und Siemens datiert aus dem Sommer 1990, ein halbes Jahr bevor der selbsternannte „Arbeiterführer“ Ende Dezember 1990 aus dem Konzern abschied.

Denn ein selbstständiger Schelsky war offensichtlich besser und effizienter zu führen und zu finanzieren als ein angestellter. Die Abschiedsgeschenke waren großzügig: Die Vereinbarung von August 1990 garantierte Schelsky eine Pension von 3700 Euro ab dem 60. Lebensjahr und sicherheitshalber ein Rückkehrrecht

als Abteilungsdirektor, das bis zum Jahre 2000 verlängert wurde. Schelsky sollte für Schulungs- und Beratungstätigkeiten großzügig honoriert werden und zusätzlich pauschal 380.000 Mark für Sachkosten und Büromiete erhalten. Das wird von Eberhard Koffka, zu der Zeit Betriebsleiter des Siemens-Standortes Erlangen bestätigt. Er habe „zuständigkeitshalber unterschrieben“, gibt Koffka zu. Er habe sich zwar „über die Großzügigkeit gegenüber Herrn Schelsky gewundert. Aber ich dachte, das hat alles seine Ordnung.“ (Süddeutsche Zeitung 21.04.2007) Ob der damalige Finanzvorstand Karl-Hermann Baumann, sowie die Vorstände Hermann Franz, Günter Wilhelm, Hannes Apitzsch und Alfred Ötsch in die Vereinbarungen mit Schelsky eingebunden oder informiert waren, wird die Staatsanwaltschaft klären. Möglich ist, dass sie Mitwisser oder Mittäter waren, doch unter Umständen profitieren sie von der nur drei Jahre währenden Verjährungsfrist in Bezug auf den Paragraphen 119 Betriebsverfassungsgesetz. Der Straftatbestand der Untreue zu Lasten des Unternehmens verjährt nach fünf Jahren.

Einige Hauptakteure bei Siemens

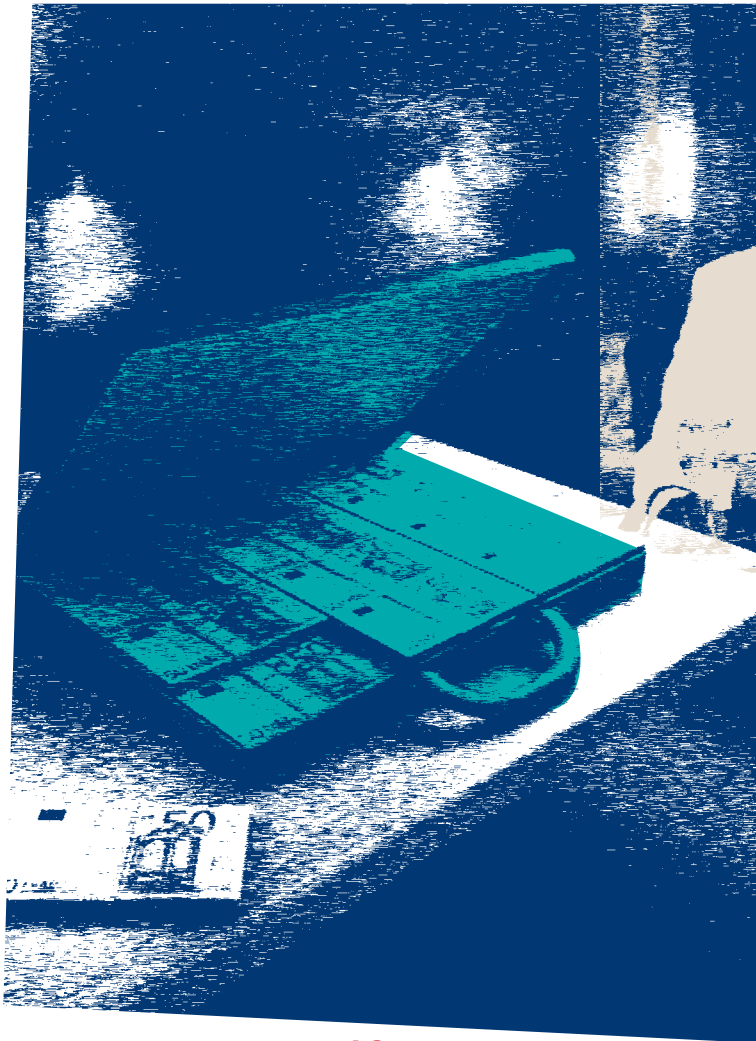
Hermann Franz war von 1985 an für den Unternehmensbereich Installations- und Automobiltechnik in Erlangen zuständig. Zusätzlich übernahm er 1988 die Leitung der Zentralabteilung Unternehmensplanung und -entwicklung und damit die Verantwortung für die Neuformierung der Siemens AG. Ab 1989 gehörte er dem Zentralvorstand an. Von 1993 bis 1998 war er Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens.

Günter Wilhelm war ab 1988 stellvertretender Leiter des Geschäftsbereichs „E-Industrie“ der Siemens AG, ab 1989 Vorsitzender des Bereichsvorstandes „Automatisierungstechnik“. Wilhelm soll am 8. August zu Schelsky über die AUB gesagt haben. „1. So sollte es weiterlaufen. 2. Dies darf man eigentlich nicht zu Papier bringen.“ (Süddeutsche Zeitung 21.4.2007)

Hannes Apitzsch war ab 1986 vor allem in kaufmännischen Funktionen verantwortlich für mehrere Einheiten in den Bereichen Industrie, Automation und Power Generation, sechs Jahre davon in den USA, u.a. für Siemens Energy and Automation und als Vice President von Siemens Westinghouse. Seit 1996 bis zur Berufung in den A&D-Bereichsvorstand war Apitzsch im Siemens-Bereich Power Generation tätig, zuletzt als kaufmännischer Leiter des Geschäftsgebietes Industrial Applications.

Alfred Ötsch hatte ab 1990 die Position des kaufmännischen Leiters, Bereich Anlagentechnik, inne, heute ist er Chef bei der Austrian Airlines. Ötsch sagt, er sei unschuldig, die entsprechende Siemens-Sparte habe bei den Vereinbarungen und Geschäften mit Schelsky „lediglich als Rechnungsadresse fungiert“. Die inhaltliche und kostenmäßige Verantwortung dafür habe „ausgeschlossen bei der Zentrale in München“ gelegen.

Karl-Hermann Baumann wurde 1983 Leiter des Hauptbereiches Bilanzierung, Zentralbereich Finanzen, 1987 Vorstandsmitglied der Siemens AG und ein Jahr später Leiter des Zentralbereiches Finanzen, ein weiteres Jahr später Mitglied des Zentralvorstandes der Siemens AG. 1998 wurde Baumann Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens AG und blieb es bis zum Jahr 2000.



Ein Fass ohne Boden

Schelskys Goldgrube

Der Vertrag zwischen Schelsky und Siemens wurde für Ersteren eine Goldgrube, die Schätzungen über das Volumen reichen bis zu 60 Millionen Euro. Um die Zahlungswege zu kaschieren wurden Zwischenfirmen eingeschaltet. Gemäß einem Vertrag vom 19.12.1990 zahlte die Sicon Holding für Grundbesitz GmbH, eine Fremdfirma, die nicht Siemens gehört, an eine Schelsky-Firma 52.000 Mark im Monat, ab September 1992 schon 57.000 Mark. Ab 1995 übernahm die Siemens-Tochter GVD Leasing die Zahlungen. Die Firma wurde später in Siemens Finance&Leasing umbenannt. Mit dem neuen Vertrag von 2001, den Siemens-Finanzvorstand Johannes Feldmayer unterschrieb, erreichte das Volumen noch höhere Summen. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vermutet Zahlungen bis 2006 in einer Gesamthöhe von mindestens 34 Millionen Euro, es könne aber auch noch mehr sein.

WEITER AUF SEITE 16

Wer ist Wilhelm Schelsky?

Der 1949 als Sohn des Soziologen Helmut Schelsky geborene Wilhelm, begann 1978 als Vertriebskaufmann bei Siemens und formte aus der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ bei Siemens in Erlangen Mitte der 1980er Jahre die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger e.V.“. Die Organisation wurde als Berufsverband und Lobbyorganisation im Deutschen Bundestag angemeldet. Sie machte Propaganda gegen die angebliche „kollektive Gleichmacherei“ und die „ferngesteuerte“ IG Metall. Die AUB dagegen sei „betriebsnah, ideologiefrei, zukunftsorientiert“. In der Erklärung „Wer wir sind - was wir wollen“ wurden den Gewerkschaften „verkrustete Funktionsapparate“, Bürokratie, Bevormundung, „kollektive Gleichmacherei“, „parteilichter Gesinnungsdruck“ und die Ausgrenzung Andersdenkender unterstellt. Frühere Weggefährten schildern Schelsky als außerordentlich autoritär und selbstherrlich, ihm wird der Satz zugesprochen, wonach sich mit Geld alles regeln ließe.

Nach Geld, Macht und Ansehen strebte Schelsky vor allem. Die Süddeutsche Zeitung schreibt über ihn: „Er residierte in einem schmucken weißen Backsteinhaus im Oberfränkischen, erwarb renovierte Villen in Ostdeutschland. Schelsky pflegte teure Hobbys, kaufte edle Möbel, ein Haus in Kanada, eine Yacht, Antiquitäten, Gemälde und verfügte über einen ansehnlich motorisierten Fuhrpark. Und trotzdem blieb noch genug übrig,

um reichlich Geld in Sportvereine zu stecken, die dafür den Schriftzug AUB auf den Trikots trugen.“ (Süddeutsche Zeitung 29.03.2007)

Nachdem er 1990 offiziell aus dem Siemens-Konzern ausgeschieden war, wurde er Miteigentümer gemeinsamer Unternehmen: Schelsky übernahm zunächst 16,6 Prozent und später 46 Prozent an dem Greifswalder Unternehmen ML&S, ein ehemaliges Siemens-Werk. Unter Schelskys Führung ging das Unternehmen aus dem Flächentarif und erhöhte die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. Der Betriebsrat des Werks, das Teile für ISDN-Anlagen fertigte, hatte zuvor für das Outsourcing gestimmt - mit der Stimmenmehrheit von Schelskys AUB. Eine weitere gemeinsame Beteiligung existierte an der NSG Netzwerk-Service GmbH in Feldkirchen bei München, die heute unter dem Namen Cancom Netzwerk-Service GmbH ihren Sitz in Jettingen-Scheppach hat.

Schelsky baute ein umfassendes Netz von Beratungsfirmen auf, er betrieb unter anderem eine „Gesellschaft zur Qualifizierung von Führungskräften mbH“ und eine „Unternehmens-Infrastruktur-Planung GmbH“ und den „Erlanger Sicherheitsservice“. Er teilte mit, er „berate auch Unternehmen beim Aufbau von Betriebsräten.“ Als er Siemens verließ, ließ er im kleinen Kreis fallen, er tue jetzt das, was er vorher auch gemacht habe, nur gegen Geld. Viele Mitarbeiter seiner Firmen arbeiteten in Wirklichkeit wohl für die AUB. Wilhelm Schelsky wurde am 14.02.2007 in Untersuchungshaft genommen, am 27.03.2007 trat er als AUB-Vorsitzender zurück.

FORTSETZUNG VON SEITE 13 Es war die Zeit, als der Siemens-Vorstand zum Angriff auf die Flächentarifverträge ansetzte: Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden pro Woche, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Mit diesen Forderungen trat Siemens ab 2002 eine ganze Zeit öffentlich auf, bis das Unternehmen in einer Vereinbarung mit der IG Metall und dem Gesamtbetriebsrat Mitte 2004 sich wieder grundsätzlich zu den Flächentarifstandards bekannte.

Allein für 2006, das Jahr der Betriebsratswahlen, stellten Schelsky-Firmen acht Millionen Euro in Rechnung. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass den Geldern keine entsprechende Leistung gegenüberstand und dass weder Schelsky noch Siemens die Zahlungen steuerlich hätten geltend machen dürfen. Selbst die Siemens-Innenrevision war im Herbst 2006 auf die hohen und meist auffällig runden Honorarsummen aufmerksam geworden.

Die Millionenbeträge hatten freilich nicht (allein) den Zweck, Schelsky ein angenehmes Leben zu ermöglichen: Bis zur Aufsichtsratswahl 1997/1998 sollten 40 Prozent der Delegierten von der AUB gestellt, an mindestens 100 von 170 Standorten sollten AUB-Kandidaten aufgestellt werden. Auch Kontrolle musste sein: „Die Prüfung dieser Kosten erfolgt in regelmäßigem Turnus durch zwei leitende Herren des Hauses Siemens“ heißt es in Schelskys Memorandum, einer davon soll ein „hochgestellter Personalfachmann“ sein. An Siemens-Manager Günter Wilhelm hat sich Schelsky im August 1995 gewandt, weil er mehr Geld wollte und argumentierte, die „möglichen Kosten durch eine radikalisierte

Monopol-Gewerkschaft IG Metall haben sich durch die bisher angewendeten Gelder sicherlich gelohnt“. Man solle mal beispielsweise an Daimler-Chrysler denken, dort lägen die Kosten wesentlich höher.

Mit den Geldbeträgen wurden „betriebliche Zeitungen“, Werbematerial und Seminare für die AUB finanziert. Alles in Hülle und Fülle und umgekehrt proportional zur personellen Stärke bzw. Schwäche der Organisation. Am 23.11.2005 stellte Schelsky sogar noch eine Nachschlagforderung an den Leiter des Rechnungswesens bei Siemens, „da wir durch die bundesweiten Betriebsrats-Wahlen leider einen erheblichen Mehraufwand haben“. Siemens musste also auch für Schelskys antigewerkschaftliche Kreuzzüge in anderen Branchen erhalten. Vereinzelt AUB-Betriebsratsmandate gibt es bei u.a. bei Wal-Mart, Aldi, Lufthansa, Compaq, Porsche, Ikea, Hochtief, Bayer Schering und beim Baumarkt Hornbach. Manchmal haben sich Kandidaten erst nach der Wahl als AUB-Mitglied geoutet.

Und die anderen bei der AUB haben „nichts gewusst“?

Ihr zurückgetretener Vorsitzender ist der AUB zwar peinlich, aber seine Nachlassverwalter wollen ungerührt weitermachen. Bereits in der ersten Stellungnahme vom 28.03.2007 schob der AUB-Bundesvorstand alle Verantwortung auf Sündenbock Schelsky: „Wenn Gelder von Siemens an die Unternehmensberatung Schelsky bezahlt worden sein sollten, hatte der AUB-Vorstand hiervon keine Kenntnis. Sollte dies der Fall gewesen sein und sollte die AUB hiervon indirekt profitiert haben, so distanzieren



wir uns davon mit aller Entschiedenheit.“ Diese Formel wiederholt die stellvertretende Bundesvorsitzende Ingrid Brand-Hückstädt seither gebetsmühlenartig, auch nach dem Geständnis von Schelsky gegenüber Financial Times Deutschland. Die AUB werde „weiter bestehen und sich im Sommer mit einem neuen Vorstand und einer neuen Satzung präsentieren.“ Man wisse nicht, was für Zahlungen geflossen seien. Auch Hildegard Cornudet, lange Zeit Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Siemens IT Solutions and Services (SIS, früher: SBS) und einziges Aufsichtsratsmitglied der AUB in der Amtsperiode 2003-2008, gibt den Unschuldensengel: „Ich bin nur zahlendes Mitglied der AUB.“ Die Art und Weise, wie die Organisation finanziert worden sei, sei nicht in Ordnung. Die einfachen Mitglieder hätten davon aber nichts gewusst. Es wäre nach ihrer Einschätzung nicht richtig, „eine Art Fahnenflucht zu begehen“, sagte Cornudet (Financial Times Deutschland 31.05.2007).

Naivität und Ahnungslosigkeit können vielleicht Betriebsräte weitab von der Zentrale reklamieren, denn in sein Finanzgebaren hat der AUB-Alleinherrscher ganz bestimmt nur wenigen Einblick gewährt. Aber es ist schon erstaunlich, dass so exponierte AUBler wie die stellvertre-

tende Vorsitzende, der Schatzmeister und ein paar Leute mehr in der AUB-Führung sich nie gefragt haben wollen, woher das viele Geld für teure Büros, Hochglanzbroschüren, Schulungen, Werbegeschenke und Trikot-Sponsoring kam. Dies wäre bei acht Euro Monatsbeitrag nicht einmal aufzubringen gewesen, wenn die angegebene Zahl von 32.000 AUB-Mitgliedern tatsächlich stimmten würde. Nur wenige äußerten offen Kritik wie Siemens-Betriebsrat Nikolaus Klotz, der die AUB im Jahr 2004 verließ und in einem Flugblatt fragte: „Wer zahlt die Ausgaben der AUB?“ In der Fernsehsendung Report Mainz sagte Klotz am 13.02.2007: »Es waren immer Bundestreffen, die sehr teuer waren. Die Leute mussten ja anreisen. Waren ja eine Menge Reisekosten, und die Reisekosten sind ja meistens über die Firma abgerechnet worden. Ja, über die Siemens AG.«

Die Behauptung der AUB, sie hätte niemals Geld von Siemens bekommen, stimmt einfach nicht. Die hohen Beträge liefen über Schelsky, Kleinigkeiten wurden aber, so es scheint, auch direkt bezahlt, wie die Schokoladenostereier der AUB in Erlangen. Die Rechnung für der Firma „Rübezahl Schokoladen“ wurde durch eine Kostenstelle des Siemens Geschäftszweigs „Transportation Systems“ übernommen. Süßigkeiten oder Eiskratzer gehörten zu den kleinen Lockangeboten der AUB, um sich bekannt und beliebt zu machen.

Ganz und gar nicht spaßig war eine Aktion im Jahr 2003: Die AUB ließ in München verächtliche Schmähungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Heribert Fieber des Siemens-Betriebes München-Hofmannstraße großflächig im ganzen Stadtteil pla-

katieren: „Fieber, Filz und Führungsschwäche – Das haut den stärksten Standort um.“ Der Betriebsrat hatte Front gegen den Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen gemacht. Zuständig für die Schmähaktion war die Medienagentur Publicis, die 1995 gemeinsam mit Siemens ein Joint Venture namens MDC in München und Erlangen unterhielt. Publicis publizierte auch den AUB-Newsletter. Allerdings wurde die AUB-Aktion ein Flop, weil sich die eigenen Mitglieder angewidert von ihr distanzieren.

Who is Who bei der AUB?

Die stellvertretende Bundesvorsitzende **Ingrid Brand-Hückstädt** wird vermutlich das Erbe des zurückgetretenen Vorsitzenden Wilhelm Schelsky übernehmen. Bevor sie in den Dienst der AUB trat, war die Rechtsanwältin für den Arbeitgeberverband der Druckindustrie Nord tätig und als Sprecherin der FDP Schleswig-Holstein zur Zeit der Barschel-Affäre. Neuer Schatzmeister der AUB ist **Roland Scholz**, er übernahm im November 2006 das Amt von Rudi Lutz. Mit ihm rückte auch **Peter Pogrzeba** in den Vorstand, Betriebsrat bei SIS München-Perlach. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Gudrun Haseloh**, **Stephanie Frank**, **Susann Herbert**, **Brigitte Labs** und **Traute Jäger**.

Der frühere AUB-Pressesprecher **Lothar Mahling** ist jetzt Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dort zuständig für die strategische Kommunikation. Präsident des Verbandes ist **Randolf Rodenstock**. Im Rodenstockwerk in Regen stellt die AUB

eine Fraktion im Betriebsrat. Auch bei Rodenstock sollen Führungskräfte dazu ermutigt worden sein, während der Arbeitszeit Wahlkampf gegen die IG Metall zu betreiben, während die IG Metall ihre Flugblätter nur in der Freizeit und vor den Werkstoren verteilen durfte. Als Mahling im Dezember 2000 aus dem Amt schied, wurde er mit den Worten verabschiedet, man werde ihn vermissen, „die gute Zusammenarbeit wird aber auf anderer Ebene fortgesetzt.“ Mahling war an Schelskys „Schema Unternehmens-Infrastruktur-Planung GmbH“ beteiligt. Bis Ende 2006 waren beide auch Partner beim 1992 gegründeten „Führungs-Forum - Gesellschaft zur Qualifizierung von Führungskräften“. Mahling war unter **Martin Bangemann** Sprecher der FDP.

Was wird aus der AUB nach Schelsky?

Der Ruf ist ruiniert und der Geldhahn ist zu: Die Erben Schelskys in der AUB-Bundeszentrale am Nürnberger Spittlertorgraben aber wollen den Skandal um ihren Vorsitzenden aussitzen. Schelskys langjährige Stellvertreterin, **Ingrid Brand-Hückstädt**, erklärte: „Der ehemalige AUB Vorsitzende, Wilhelm Schelsky, hat der AUB durch seine offensichtlich zahlreichen Aktivitäten als Unternehmensberater schweren Schaden zugefügt. Der Vorstand hatte hiervon keine Kenntnis.“ Ein neuer Vorstand werde mit neuen Strukturen für mehr Offenheit sorgen. „Transparenz war früher nicht gewünscht.“

Aber an der Basis rumort es. Ende März 2007 haben sich die „Unabhängigen“ im Betriebsrat der Hamburger Siemens-

Niederlassung von ihrer Organisation distanziert und wollen ihr von der Belegschaft erhaltenes Mandat „ohne weitere Bindung an eine Gruppe“ vertreten. Im Siemens-Stammhaus Erlangen G haben die sechs freigestellten AUB-Betriebsräte Gisbert Andraschko, Wolfgang Dokoupil, Andreas Eberhorn, Annette Gutensohn, Agathe Hempel und Detlef Hutter nach dem Eingeständnis von Wilhelm Schelsky am 01.06.2007 Konsequenzen gezogen und ihrer bisherigen Organisation geschlossen den Rücken gekehrt. Per Aushang gaben sie ihren Entschluss bekannt: Sie seien „zutiefst betroffen und [...] sind uns einig, in einer solchen Organisation mit unseren Idealen nichts mehr verloren zu haben.“ Auch sie beteuern hoch und heilig von den Machenschaften zwischen Schelsky und Siemens nichts gewusst zu haben. Wie glaubhaft das ist, bleibt dahingestellt.

Nur wenige der AUB-Betriebsräte, ob ausgetreten oder nicht, sind bereit, sich öffentlich zu äußern. Über Geld hat man offensichtlich nicht einmal intern gesprochen. Und wenn jemand mal zaghaft gefragt hat, dann wurde der „rigoros und aggressiv abgeburstet“, erinnert sich ein Aussteiger, der seinen Namen nicht veröffentlicht sehen will. Denn in der AUB hätten nur „ein paar wenige Figuren das Sagen“ gehabt „und wer denen gehorchte, durfte mitlaufen.“ Wer hingegen auf Unabhängigkeit etwa bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten pochte, sei bald „weg vom Fenster gewesen“. Da hätten nämlich Siemens-Führungskräfte ganz konkrete Empfehlungen gegeben.



Diskrete Förderung von AUB-Betriebsräten

Engagierte Interessensvertreter der Beschäftigten haben es (gelinde gesagt) nicht leicht, eine berufliche Karriere zu machen. Für AUB-Kandidaten schien das nicht zu gelten. „Was bei der AUB immer schon auffiel, war ihre Nähe zur Geschäftsleitung“ sagen etliche Betriebsräte, die der IG Metall angehören. Und weil sie gute Beziehungen zur Führung haben, konnten sie Leuten Jobs verschaffen und taten das auch. Betriebsräten wurde von Beschäftigten unter vier Augen gestanden: „Wenn du für die Sicherheit der Arbeitsplätze eintrittst, bist du richtig bei der IG Metall. Wenn du selber einen Job willst, bist du richtig bei der AUB.“

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Kandidaten der AUB auffällig viel Zeit für den Betriebsratswahlkampf hatten oder nach einer gewissen Zeit plötzlich in den Genuss einer höheren Einstufung kamen. „Viele Mitglieder der IG Metall an verschiedenen Standorten hatten den Eindruck“, erinnert sich der Betriebsratsvorsitzende im Siemens-Stammhaus in Erlangen, Klaus Hannemann, „dass ihre Personalorganisation wusste, dass man sich mit der AUB gut stellen musste.“

War und ist die AUB eine „Konkurrenzgewerkschaft“?

Keineswegs, weder rechtlich noch tatsächlich. Denn die AUB ist nicht streikfähig und weder willens noch in der Lage, Tarifverträge abzuschließen. Ihr Einfluss außerhalb von Siemens ist gering. In der Praxis ging es im Grunde immer nur gegen die IG Metall oder andere DGB-Gewerkschaften: „Sie lassen uns die Arbeit tun. Sie machen Opposition, gehen durch den Betrieb und verteilen Ostereier“, sagt Betriebsrat Klaus Hannemann. Und „die geben gegenüber dem Arbeitgeber zu schnell nach. Verlagerungen, Ausgliederungen, Umwandlungen winken sie durch. Wir dagegen prüfen hart, ob das wirklich wirtschaftlich begründet ist, und suchen nach Alternativen.“

Bei brisanten Themen wie Auslagerungen oder Arbeitszeitverlängerung gingen AUB-Betriebsräte gerne auf Tauchstation, sagten auf Betriebsversammlungen nichts, vermieden, Position ergreifen zu müssen. Aber wenn es in das Kalkül passt, wird die ansonsten „kooperative“ AUB zuweilen auch verbalradikal. Bei Opel warf das AUB-Betriebsratsmitglied Eugen Kahl dem Betriebsratsvorsitzenden Klaus Franz (IG Metall) „Verrat“ und Schmusekurs vor, als die Betriebsräte um möglichst viele Arbeitsplätze beim schlingernden Autokonzern kämpften.

„Im Kern hat die AUB nicht die Interessen der Beschäftigten im Blick, sondern die des Unternehmers“, sagt Wolfgang Niclas, Bevollmächtigter der IG Metall in Erlangen. Dort, wo die AUB die Mehrheit der Mandate errungen hat, hat sie dafür gesorgt, dass

die Unternehmensführung keine Probleme mit dem Betriebsrat hat. Das gehörte zum „Deal“, den Schelsky offenkundig ausgehandelt hatte. Die Betriebsräte vor Ort funktionierten in diesem Sinne, sie stellten die Arbeitnehmerinteressen hinter die der Unternehmensführung. Die politische Begleitmusik lieferte Schelsky aus der Zentrale. Was dort verlautbart wurde, lässt allerdings an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, es sind die nur leidlich kaschierten Parolen der Arbeitgeber und ihrer neoliberalen Propagandisten, die den Sozialstaat abbauen und die arbeitenden Menschen dem zügellosen Wettbewerb des freien Marktes ausliefern wollen.

Worte des Vorsitzenden Schelsky

Zur Mitbestimmung:

Als die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2000 anstand, erklärte AUB-Chef Schelsky, die Forderungen des DGB bedeute „eine faktische Entmachtung aller Betriebsräte und eine Entmündigung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre. Dadurch würden Investitionen in Deutschland verhindert und Arbeitsplätze vernichtet.“ (28.05.2000)

Zur Tarifpolitik:

Vor der Tarifrunde 2004 sagte Schelsky vor Delegierten der AUB: „Wenn man Herrn Peters angesichts der heute beginnenden Tarifrunde im Metallbereich schon wieder drohen hört, dass es eine harte Tarifaueinandersetzung geben können und das

Thema Arbeitszeit auf keinen Fall Verhandlungssache sei, kann man sich ausrechnen, dass alles so bleibt wie bisher.“ Wenn die Tarifpolitik nicht endlich auf betriebliche Ebene verlagert werde, müsse man „weiter das Abwandern deutscher Arbeitsplätze jenseits deutscher Grenzen“ beklagen. (15. Dezember 2003) Als der Tarifabschluss unter Dach und Fach war, legte Schelsky vor Funktionären der AUB in Stuttgart nach: „Nicht nur die Höhe des Abschlusses, sondern auch das weitere Verharren in alten Strukturen zum Machterhalt eines Jürgen Peters und seiner Funktionäre wird weitere Arbeitsplätze in Deutschland kosten“. (12.02.2004)

Zum Flächentarifvertrag:

Ebenfalls nach der Tarifrunde 2004 erklärte Schelsky: „Dieser Abschluss ist die Schaufel zum Grab des Flächentarifvertrages“. Schelsky gab Unternehmen unverhohlen den Rat, den Tarifvertrag zu brechen: „Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Unternehmen“ seien Betriebsräte und Arbeitgeber somit „weiterhin gezwungen, illegal und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den Tarifvertrag zu verstoßen, um Arbeitsplätze zu retten.“ (12.02.2004)

Zu den betrieblichen Mehrheitsverhältnissen:

Die Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen bog Schelsky zur Behauptung zurecht, „dass die Belegschaften in den Betrieben sich immer mehr vom ideologischen, arbeitsplatzvernichtenden Verhalten des DGB distanzieren“. (13.10.2006) Seine AUB hatte im Erlanger Siemens-Stammhaus längst die Mehrheit im Betriebsrat verloren.

Zum Mindestlohn:

Die Ausweitung des Entsendegesetzes und damit des Mindestlohnes vom Bau auf andere Branchen würde „Firmen, die sich treu an den Tarif halten, nachdenken lassen, die Arbeit ins Ausland zu verlagern.“ „Damit wäre allen im Niedriglohnsektor Beschäftigten ein Bärendienst erwiesen. Sie haben zwar Anspruch auf den Mindestlohn aber keinen Arbeitgeber, der ihnen für diesen Lohn Arbeit anbietet.“ Schelsky appellierte abschließend an die Regierung: „Hören Sie bitte auf, alles gesetzlich regeln zu wollen. Deregulierung ist das Richtige und schafft Arbeitsplätze.“ (21. 08.2006)



Stimmen zur AUB

„Wir haben es bei der Finanzierung der AUB durch Siemens mit einem ungeheuerlichen Skandal zu tun, der in seiner Systematik und seinen finanziellen Dimensionen einmalig in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ist.“ (auf der Webseite der IG Metall für Siemens-Beschäftigte, www.dialog.igmetall.de, 23. Mai 2007)

Berthold Huber,

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

„Bei unseren Betriebsräte-Versammlungen haben wir den Personalverantwortlichen immer wieder die Bevorzugung der AUB um die Ohren gehauen. Wir haben doch gesehen, welche Mittel die AUB zur Verfügung hatte: das konnten die mit ihren Beiträgen nicht finanzieren.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. Mai 2007)

Ralf Heckmann, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Siemens

„Keiner von uns hat geglaubt, dass Siemens so viel Geld für die AUB übrig hat.“ (Magazin Mitbestimmung 05/2007)

Werner Neugebauer, bayerischer IG-Metall-Bezirksleiter

